UiD
CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 15. August 1991
24/91

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Deutschland ist kein Einwanderungsland

Sofort nach seiner Rückkehr aus dem Urlaub im September will der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit den Parteiführungen von SPD und FDP sprechen. Thema: Asylrecht und die dringend notwendige Änderung des Paragraphen 16 Grundgesetz. Helmut Kohl: Es gibt keinen Weg, der daran vorbeiführt.

Da die Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer ökonomischen und sozialen Verhältnisse — schon aufgrund der Übervölkerung in weiten Regionen — „mit Sicherheit kein Einwanderungsland" ist, wir also die Probleme anderer Länder nicht in Deutschland lösen können, bleibe nur die Möglichkeit, wirtschaftlich schwachen Völkern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Nur so könne das eigentliche Recht auf Asyl und die Bereitschaft der Bürger in diesem Land bewahrt werden, aus religiösen, politischen oder rassischen Gründen Verfolgten eine Heimstatt zu geben.

Noch vor dem EG-Gipfel im Dezember in Maastricht wird die Bundesregierung zusammen mit den europäischen Partnern Vorlagen für ein EG-weit verbindliches Asylrecht erarbeiten. Helmut Kohl: Man kann das Problem in Deutschland und in Frankreich nicht anders lösen als in Italien oder in Großbritannien. ■

SCHULE HAT BEGONNEN!

Bestellen Sie rechtzeitig unser Poster (DIN A1) mit dem freundlichen Appell an den Autofahrer für die Zeit nach den Ferien, wenn die Schulanfänger zum erstenmal ihren Schulweg gehen. — Bestell-Nr.: 7441, Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 36, — DM. Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold

Ostdeutsche Chemiestandorte bleiben erhalten

Die ostdeutschen Chemiestandorte Leuna, Buna, Bitterfeld, Wolfen, Böhlen und Zeitz werden erhalten bleiben. Dafür hat sich die Treuhand-Leitungsgruppe Chemie in einem Bericht an den Vorstand der Treuhand und die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ausgesprochen. Nach dem Bericht könnten 20.000 Arbeitsplätze im Kernbereich der chemischen Industrie gerettet werden.

BP investiert 105 Millionen Mark in Ostdeutschland

Die Deutsche BP AG (Hamburg) will in diesem Jahr etwa 105 Millionen DM für den Bau von 17 Großtankstellen in Ostdeutschland investieren. Bis 1995 strebt das Unternehmen die Errichtung von mehr als 100 Stationen in den neuen Bundesländern an. 65 Prozent der Aufträge zur Errichtung der Tankstellen sollen an einheimische Unternehmen vergeben werden. ■

Schon über 120 Bosch-Dienste

Das Netz der Bosch-Dienste in den fünf neuen Bundesländern wird von Monat zu Monat enger geknüpft. Bis Ende 1991 wird sich die Zahl der Bosch-Vertragspartner von derzeit 120 auf 200 selbständige mittelständische Handwerksbetriebe erhöhen. Wie Bosch in Stuttgart weiter mitteilte, investieren die

Nachrichten aus den neuen Ländern

neuen Bosch-Dienste durchschnittlich jeweils 300.000 DM in Gebäude, Ausrüstung und Schulung. Innerhalb kürzester Zeit würden auf diese Weise von den Bosch-Partnern über 60 Millionen DM in den neuen Bundesländer zum Aufbau eines modernen Kundendienstnetzes investiert. Bei durchschnittlich zehn Mitarbeitern pro Betrieb entstünden so über 2.000 qualifizierte Arbeitsplätze.

In Zwickau geht es voran

Innerhalb von nur zwölf Monaten haben sich in Zwikkau 5.000 neue Firmen etabliert. Damit hat sich die Zahl der Betriebe in Stadt und Umgebung mehr als verdreifacht. Daran hängen ein Investitionsvolumen von über 100 Millionen Mark und 26.000 Arbeitsplätze.

Erdgas-Fernleitung von Bayern nach Thüringen in Betrieb

Eine neue Erdgasleitung von Bayern nach Thüringen ist in Römhild bei Suhl in Betrieb gegangen. Nach der Anbindung des Raumes Sonneberg an das nordbayerische Erdgasnetz Ende April wird der Südthüringer Raum jetzt über zwei Fernleitungen mit dem Brennstoff versorgt. Bis 1995 will die Contigas AG (München) mit ihren drei thüringischen Töchtern rund 80 Prozent der Thüringer Kommunen Erdgas liefern und sich auch an Stadtwerken beteiligen. Nach Angaben des Unternehmens sind dazu Investitionen von rund 900 Millionen DM vorgesehen.

Ost-Renten um rund 75 Prozent gestiegen

Nach der Rentenerhöhung zum 1. Januar und 1. Juli dieses Jahres um je 15 Prozent beträgt die durchschnittliche Rente in den neuen Bundesländern 864 DM im Monat. Nach Berechnungen des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger sind die Ost-Renten seit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion um rund 75 Prozent gestiegen.

Kindergartenkinder in den neuen Ländern unfallversichert

Kindergartenkinder in den neuen Bundesländern stehen schon rückwirkend ab 1. Januar 1991 unter dem Schutz der gesetzlichen Schüler-Unfallversicherung. Wie der Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BAGUV) mitteilte, müssen Unfälle, die sich auf dem Weg zum Kindergarten oder im Kindergarten selbst ereignet haben, dem zuständigen Unfallversicherungsträger gemeldet werden. Zuständig sind die in den neuen Bundesländern errichteten Gemeindeunfallversicherungsverbände. Die Anpassung an das Unfallversicherungsrecht war zunächst erst für 1992 geplant. ■

Wolfgang Schäuble:

Vorschläge und Bemühungen zur Lösung der Asylproblematik

Wir haben in den letzten sieben Monaten die höchste Zahl der Asylsuchenden in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu verzeichnen:

Januar 1991	**16 058 Personen**
Februar 1991	**14 099 Personen**
März 1991	**13 895 Personen**
April 1991	**16 015 Personen**
Mai 1991	**14 213 Personen**
Juni 1991	**16 554 Personen**
Juli 1991	**22 093 Personen**

Insgesamt 112.828 Ausländer haben bisher einen Asylantrag gestellt, gegenüber 97 988 Personen im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dies ist eine Zunahme von 15 Prozent. Wir müssen daher in diesem Jahr mit mehr als 200 000 Asylbewerbern rechnen.

Mit dieser Feststellung hat sich Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in der aktuellen Asyldiskussion zu Wort gemeldet und auf einer Pressekonferenz am 7. August 1991 in Bonn im einzelnen dazu erklärt:

Bei der Entwicklung des Asylbewerberzugangs haben politische Verfolgungen als Fluchtmotive nur noch marginale Bedeutung. Überwiegend sind wirtschaftliche Motive der Grund, einen Asylantrag zu stellen, um zumindest ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht zu erwirken.

Die Zugangsentwicklung wird von einer Reihe von Faktoren beeinflußt:

Sie wird einmal beeinflußt durch das Wirtschafts- und Sozialgefälle. Experten der OECD befürchten für die kommenden Jahre „eine massive Gefahr der Auswanderung junger osteuropäischer Arbeiter, die eine Beschäftigung suchen, in Richtung Westeuropa".

Die Zugangsentwicklung wird auch davon beeinflußt, welche Möglichkeiten und Aussichten der betreffende Ausländer sieht, die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland zu erreichen. Auf Grund unserer Verfassungsrechtslage sind Möglichkeiten, Ausländer, die eine politische Verfolgung behaupten, an den Grenzen abzuweisen, praktisch nicht gegeben, und zwar auch dann nicht,

> „Ich persönlich halte seit Jahren eine Änderung des Artikels 16, Abs. 2, Satz 2 des Grundgesetzes für erforderlich."

wenn die Einreise aus einem Drittstaat erfolgt, in dem der Ausländer keine politische Verfolgung zu befürchten hat.

Von Bedeutung ist auch die Arbeits- und Sozialsituation, die den Ausländer nach seiner Einreise erwartet.

Erhebliche Bedeutung kommt weiterhin dem Umstand zu, welche Faktoren geeignet sind, eine Erwartungshaltung zu verstärken, auch im Falle der rechtskräftigen negativen Entscheidung über den Asylantrag letztlich hierbleiben zu können.

Heilloses Durcheinander

Zu den Äußerungen aus der SPD zur Asylproblematik erklärte Generalsekretär Volker Rühe:

Die SPD ist in der Asylpolitik völlig konfus und zerstritten. Während ihr Parteivorsitzender Björn Engholm und der saarländische Innenminister Läpple sich für eine Quotenregelung aussprechen, lehnt der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor jede Veränderung des geltenden Asylrechts ab. Der Bremer Bürgermeister Wedemeier wiederum ist für eine Änderung des Artikel 116 GG. Dieses heillose Durcheinander ist unverantwortlich und wird der sich immer dramatischer zuspitzenden Situation in keiner Weise gerecht. Der SPD-Vorsitzende Engholm ist jetzt aufgerufen, Licht in dieses Dunkel der SPD zu bringen. Seine Führungskraft wird sich daran erweisen, inwieweit es ihm gelingt, vor dem Gespräch zwischen den Koalitionsparteien und der SPD für eine klare und unmißverständliche Position seiner Partei zu sorgen. Mit taktischen Winkelzügen ist die Situation nicht in den Griff zu bekommen.

Im Interesse des ganzen Landes und vor allem der tatsächlich politischen Verfolgten ist vielmehr eine schnelle Entscheidung über wirksame Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts unverzichtbar.

Der hohe Zugang an Asylbegehrenden trifft in erster Linie die Kommunen, denen die Unterbringung dieser Personen obliegt. Er betrifft aber auch zum Beispiel die Personen, deren Kinder keinen Sportunterricht mehr haben, weil Turnhallen durch die Kommunen belegt werden mußten, denn viele Kommunen wissen nicht mehr, wo sie Asylbewerber sonst unterbringen können.

Eine Abweisung Asylsuchender, wie sie etwa Bremen praktiziert hat, ist rechtlich nicht zulässig und auch politisch keine Lösung des Problems.

Die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz mit einer Quotenregelung bei einem unveränderten Artikel 16 Grundgesetz (GG) läßt — bewußt oder unbewußt — außer Betracht, daß bei einer solchen Regelung alle Personen, die nicht unter das Einwanderungsgesetz fallen, sich auf Artikel 16 Grundgesetz (GG) berufen können. Zur Einwanderungsquote käme daher noch eine nicht bestimmbare Zahl von Asylbegehrenden hinzu. Dies ist keine Lösung.

Äußerungen maßgeblicher Politiker der SPD, 30 bis 40 Prozent der abgelehnten Asylbewerber „würden entsprechend der Genfer Flüchtlingskonvention als sogenannte De-facto-Flüchtlinge anerkannt, weil ihnen Gefahr für Leib und Leben im Heimatland drohe", verkennen die Rechtslage. Auch die Genfer Konvention geht, genau wie Artikel 16 Grundgesetz (GG), von einer Verfolgung aus bestimmten — nämlich politischen Gründen — aus.

Im Asylverfahren beim Bundesamt werden seit einiger Zeit sowohl die Asylberechtigung nach Artikel 16 Grundgesetz (GG) als auch die Frage des Vorliegens der Voraussetzungen des Artikel 33 Abs. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention (ent-

sprechend § 51 Ausländergesetz) geprüft, das heißt das Verbot, einen Ausländer in einen Verfolgerstaat abzuschieben. An der Anerkennungsquote hat diese Rechtsänderung keine entscheidende Veränderung bewirkt.

Eine Aufenthaltsermöglichung aus humanitären Gründen hat nichts mit Artikel 16 Grundgesetz (GG) und auch nichts mit der Genfer Flüchtlingskonvention zu tun, sondern ist letztlich eine politische Entscheidung.

SPD will ablenken

Ich halte es nicht für hilfreich, sondern nur für eine Ablenkung, wenn der SPD-Vorsitzende Engholm und der Bremer Bürgermeister Wedemeier nun das ohnehin schwierige Problem der Ausländer- und Asylpolitik auch noch mit der Frage der Aufnahme deutscher Aussiedler vermengen. Es erschwert nur die Lösung der anstehenden Probleme.

Wir sollten die Deutschen in den Aussiedlungsgebieten nicht erneut beunruhigen und damit eine Torschlußpanik auslösen.

Bund und Länder haben in den letzten beiden Jahren mit dem Eingliederungsanpassungsgesetz und dem Aussiedleraufnahmegesetz einen Konsens gefunden, der nicht in Frage gestellt werden sollte.

Der Aussiedlerzuzug hat sich inzwischen verstetigt und beruhigt. Gegenüber dem Vorjahresvergleichszeitraum hat sich die Zahl um mehr als die Hälfte verringert (Januar — Juli 1991: 130 830; Januar — Juli 1990: 281 828). Ich warne dringend davor, dies alles durch eine unüberlegte Diskussion und mit nicht zu Ende gedachten Lösungsvorschlägen wieder aufs Spiel zu setzen.

Unser wichtigstes Ziel bleibt, den noch in den Aussiedlungsgebieten lebenden Deutschen zu helfen, dort gute Lebenschancen und dauerhafte Perspektiven für sich und ihre Kinder zu finden. Die angelaufenen vielfältigen Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung und einiger Länder werden ihre Wirkung nicht verfehlen.

Unsere Bemühungen bleiben aber nur dann glaubwürdig, wenn wir den Deutschen in Ost- und Südosteuropa die Entscheidung zwischen Bleiben oder Gehen offenhalten.

Deshalb kommt für die Bundesregierung eine Änderung des Art. 116 Grundgesetz (GG) nicht in Betracht. Sie wird aber den Entwurf eines Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes vorlegen, um die Bestimmungen einiger Kriegsfolgengesetze an das jetzt Notwendige anzupassen. Andere Kriegsfolgengesetze, die ihren Zweck erfüllt haben, werden wir abschließen.

Das Asylverfahrensgesetz ermöglicht auch seit langem die Aufnahme von Asylbegehrenden in Gemeinschaftsunterkünften.

Abschiebung ermöglichen

Ich habe schon mehrfach die Innenminister und -senatoren der Länder gebeten, zumindest hinsichtlich der Personen, deren Asylanträge im beschleunigten Verfahren der Zusammenarbeit von zentralen Ausländerbehörden der Länder mit Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge bearbeitet werden (Polen, Rumänen, Jugoslawen) die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften vorzusehen, um im Falle der unanfechtbaren Ablehnung des Asylantrages als offensichtlich unbegründet die Abschiebung aus der Gemeinschaftsunterkunft heraus vornehmen zu können.

Dort, wo Gemeinschaftsunterkünfte bestehen, kann schnell entschieden und

im Falle einer Ablehnung schnell abgeschoben werden. Aber auch die offensichtlich unbegründeten Verfahren können kaum noch weiter verkürzt werden.

Ich persönlich halte seit Jahren eine Änderung des Artikels 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz (GG) für erforderlich.

Asylpolitik für Europa

Einmal im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Rahmen der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes auch zu einer europäischen Asylpolitik zu kommen. Es wäre allerdings eine Illusion, davon auszugehen, daß die anderen EG-Mitgliedstaaten bereit sein werden, im Rahmen der Regierungskonferenz zur Europäischen Union ein europäisches Grundrecht auf Asyl zu akzeptieren.

Wir werden vielmehr viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, unseren Partnerstaaten angesichts der Gesamtproblematik auch für Europa die Notwendigkeit einer Kompetenz der EG für die Asylpolitik zu verdeutlichen.

Der Bundeskanzler hat daher bewußt auf dem Europäischen Gipfel nur eine EG-Kompetenz auf dem Gebiet des Asylrechts vorgeschlagen und jegliche inhaltliche Ausgestaltung den späteren Entscheidungen des Rates überlassen.

Wir dürfen nicht länger versuchen, quasi mit Hilfskonstruktionen die Konsequenzen des geltenden Verfassungsrechts zu unterlaufen. Die künstliche Erzeugung von Abschreckungseffekten durch gezielte Verschlechterung der Lebensbedingungen, wie etwa das früher verhängte Arbeitsverbot, ist im Ergebnis untauglich.

Die derzeitigen Probleme des Asylrechts erschweren auch eine umfassende vernünftige Ausländerpolitik. Derzeit gehen vom Thema „Asylrecht" Irritations- und Störeffekte aus, die ein übersteigertes Problemgefühl in der Bevölkerung verursachen, das seinerseits die Akzeptanzmöglichkeiten auf dem Gebiet der Ausländer- und Integrationspolitik gefährdet.

Die Verfassungsänderung allein ist sicher kein Allheilmittel. Aber sie kann mehr bewirken, als viele ihrer Kritiker glauben machen.

Zurückweisungen von Asylbegehrenden an der Grenze sind selbst dann, wenn diese Ausländer aus sicheren Drittstaaten kommen, in denen sie nicht verfolgt werden und gleichfalls Asyl beantragen könnten, nach der geltenden Verfassungsrechtslage praktisch nicht möglich.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist eine Zurückweisung eines Asylbegehrenden aus Rumänien, der an der deutsch-polnischen oder der deutsch-österreichischen Grenze um Asyl nachsucht, nur zulässig, wenn der Ausländer in diesem Staate Maßnahmen getroffen hat, die zu einem stationären Aufenthalt führen (zum Beispiel Existenzgründungsversuch, Wohnraumbeschaffung auf Dauer, Asylantragstellung) oder sein Aufenthalt muß einen Zeitraum von drei Monaten überschritten haben. Dies aber ist in der Regel nicht nachweisbar.

Prüfung in jedem Einzelfall

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfen nur solche Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt und damit einem verkürzten Rechtsmittelverfahren unterzogen werden, die sich der Entscheidungsbehörde bei richtiger Rechtsanwendung als eindeutig aussichtslos darstellen. Ob dies im Einzelfall zutrifft, hat die Entscheidungsbehörde durch umfassende Würdigung der ihr vorgetragenen oder sonst

erkennbaren maßgeblichen Umstände unter Ausschöpfung aller ihr vorliegenden oder sonst erkennbaren Erkenntnismittel zu entscheiden. Das dabei erforderliche Maß an Richtigkeitsgewißheit darf nicht hinter den Anforderungen zurückbleiben, die nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an die Abweisung einer asylrechtlichen Klage als offensichtlich unbegründet zu stellen sind.

Dies bedeutet, daß an der Richtigkeit der tatsächlichen Feststellungen vernünftigerweise kein Zweifel bestehen darf und bei einem solchen Sachverhalt nach allgemein anerkannter Rechtsauffassung (nach dem Stand von Rechtsprechung und Lehre) sich die Abweisung geradezu aufdrängen muß.

Ich meine, die Zeit ist gekommen, einmal emotionsfrei und frei von politischen Ideologien darüber nachzudenken und sich zu unterhalten, wie wir vom derzeitigen Asylbewerberrecht wieder zu einem akzeptablen Asylrecht kommen können.

Die Probleme ergeben sich nicht aus dem Asylrecht — an dem Schutz politisch Verfolgter will keiner etwas ändern —, sondern daraus, daß unser Asylrecht inzwischen zu einem Asylbewerberrecht geworden ist, das zunehmend als Mittel benutzt wird, einen aus den verschiedensten Gründen angestrebten Aufenthalt zu erreichen.

Den Ursachen begegnen

Es liegt auf der Hand, daß den Ursachen der Wanderungsbewegungen und des Wanderungsdrucks mit asylrechtlichen Instrumenten allein nicht begegnet werden kann. Diese Überzeugung bildet auch die Grundlage der von der Bundesregierung mit Kabinettbeschluß vom 25. September 1990 verabschiedeten Flüchtlingskonzeption, die als Lösung für die Wanderungsprobleme eine Kombination verschiedener asyl- und ausländerrechtlicher sowie sonstiger Maßnahmen vorsieht.

Ansatz der Flüchtlingskonzeption ist die Überlegung, daß Abwehrmaßnahmen allein die Wanderungsproblematik nicht lösen können. Es gilt vielmehr, die Ursachen der Wanderungsproblematik ernsthaft zu bekämpfen. Während in den Ländern der Dritten Welt neben wirtschaftlichen Gründen eine Vielzahl anderer Ursachen (Kriege, Bürgerkriege, ökologische Krisen, Überbevölkerung u. a.) bestehen, denen mit je besonderen angemessenen politischen Mitteln (vor allem Außen- und Friedenspolitik, Entwicklungshilfezusammenarbeit) zu begegnen ist, handelt es sich in Osteuropa fast ausschließlich um eine durch notwendige Strukturveränderungen und Anpassungsprozesse ausgelöste schwere Wirtschaftskrise.

Schnelle Hilfe ist nötig

Die Ursachenbekämpfung in Osteuropa, der — im Hinblick auf die extrem angewachsenen Asylbewerberzahlen aus diesen Ländern — aus unserer Sicht Priorität zukommt, kann — wenn sie realistisch bleiben soll — nicht darauf abzielen, das enorme Wirtschafts- und Wohlstandsgefälle auch nur mittelfristig halbwegs einzuebnen.

Das wäre mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich, ist aber auch zur Bekämpfung der Wanderungsbewegungen nicht erforderlich. Flucht- oder Wanderungsgrund ist vielmehr oft die Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit, vor allem der jungen Generation, die das aktive Leben noch vor sich hat.

Hier gilt es gezielt anzusetzen. Schnelle Hilfe ist möglich und dringend vonnöten.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Friedrich der Große und Preußen bleiben ein wichtiger Teil unserer gemeinsamen deutschen Geschichte

Friedrich der Große ist eine herausragende Gestalt der preußischen und der deutschen Geschichte. Deshalb ist es für mich selbstverständlich, an seiner Umbettung an den von ihm in seinem Testament aus dem Jahre 1752 festgelegten Ort teilzunehmen.

Wie bei vielen großen historischen Gestalten liegen auch bei Friedrich Licht und Schatten dicht beieinander. In seiner Widersprüchlichkeit war er immer wieder Gegenstand von Faszination und Ablehnung, auch von mißbräuchlicher Vereinnahmung.

Für Jacob Burckhardt lebte Friedrich „rittlings auf der Grenzscheide zwischen den Zeiten". Kriegerisches Machtstreben und abwägende Gleichgewichtspolitik gehören ebenso dazu wie Abgründe in der Persönlichkeit des absoluten Herrschers und das Selbstverständnis als erster Diener seines Staates.

Mit dem Namen Friedrichs verbinden sich auch zukunftsweisende Ansätze zu Rechtsstaatlichkeit und moderner Staatsverwaltung. Er legte den Grundstein für eine unabhängige Gerichtsbarkeit und schaffte die Folter ab. Er machte Pflichtbewußtsein, persönliche Uneigennützigkeit und Effizienz zu Leitlinien staatlicher Administration.

Mit großer Aufgeschlossenheit förderte er Wissenschaft, Kunst und Kultur. In seinem Preußen galt der Grundsatz der Toleranz und Gewissensfreiheit. Er wurde zur Zuflucht vieler Flüchtlinge.

Daher galt Friedrich als der herausragende fürstliche Repräsentant des aufgeklärten Europa. So war es auch folgerichtig, daß er 1785 mit seiner Unterschrift einen Handels- und Freundschaftsvertrag mit den unabhängig gewordenen Vereinigten Staaten von Amerika besiegelte. George Washington bezeichnete das Abkommen als „den freisinnigsten Vertrag, der je von unabhängigen Mächten geschlossen wurde".

Natürlich trennen uns heute tiefe Traditionsbrüche von der friderizianischen

> ***Friedrich der Große darf weder zum Mythos stilisiert noch zum Dämon verteufelt werden.***

Zeit. Uns trennen aber auch tiefgehende Veränderungen von der Zeit nach 1945, als ein nahezu einhelliges Verdammungsurteil über den König und das von ihm maßgeblich gestaltete Preußen gefällt wurde.

Militarismus, Kadavergehorsam und Staatsvergötzung hätten — so hieß es damals — Preußen auf seine blutbefleckte Bahn gebracht und der deutschen Katastrophe den Weg gewiesen. Vergessen war Friedrichs schönes Wort, in seinem Lande solle „ein jeder nach seiner Fasson selig werden", vergessen, daß das Preußen Friedrichs seinerzeit als der fortschrittlichste Staat gerade für das intel-

Die Mauer wurde zum Symbol der gewaltsamen Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt

Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte zum 30. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer:

Vor 30 Jahren, am 13. August 1961, begannen die SED-Machthaber mit der Errichtung der Berliner Mauer. 28 Jahre lang wurden durch dieses Monument der Unmenschlichkeit Familien auseinandergerissen und Freunde voneinander getrennt. Die Mauer wurde zum Symbol der gewaltsamen Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt. Vor den Augen der Welt war sie sichtbarer Ausdruck des wahren Charakters der kommunistischen Diktatur jenseits aller ideologischen Rechtfertigungsversuche.

Zur schrecklichen Realität dieses Regimes gehörte auch der Schießbefehl. Wir trauern um über 200 Deutsche, die bei dem Versuch, von Deutschland nach Deutschland zu gelangen, ihr Leben verloren. Allein 94 von ihnen starben in Berlin. Wir sind es den Opfern schuldig, daß die für ihren Tod Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Im Herbst 1989 haben die Menschen in der ehemaligen DDR mit der Kraft ihrer Freiheitsliebe die Ketten des Unrechtsregimes gesprengt und die Mauer friedlich überwunden.

Der heutige Tag mahnt alle Deutschen, Freiheit, Menschenrechte und Demokratie zu bewahren und zu verteidigen, damit Gewaltherrschaft, Mauer und Stacheldraht für immer der Vergangenheit angehören.

lektuelle Europa galt, vergessen endlich, daß viele der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 sich auf ihre Gewissenspflicht und damit auf das Vorbild des alten Preußen berufen hatten.

Die überaus schmerzlichen Erfahrungen, die wir Deutsche und unsere Nachbarn in diesem Jahrhundert mit überzogenen oder gar verbrecherischen Machtansprüchen gemacht haben, mahnen zur Nachdenklichkeit. Sie mahnen aber auch, uns unserer ganzen Geschichte zu stellen. Die Geschichte hält nur dann weiterführende Einsichten für uns bereit, wenn wir sie ganz zur Kenntnis nehmen, mit ihren Licht- und Schattenseiten, mit ihren aufbauenden und zerstörerischen Kräften, mit den in unsere Zeit hineinwirkenden Traditionen und mit denen, die abgerissen oder verworfen worden sind. Friedrich der Große darf heute weder zum Mythos stilisiert noch zum Dämon verteufelt werden.

Wir sind wieder ein geeintes Volk mit einer gemeinsamen Verantwortung vor unserer Geschichte. Dies wird auch dadurch symbolisiert, daß der Sarkophag Friedrichs an seinen testamentarisch bestimmten Ort überführt werden kann.

Friedrich der Große und das untergegangene Preußen bleiben ein wichtiger Teil unserer gemeinsamen deutschen Geschichte. Im Deutschland von heute sind Machtstaatsstreben und kriegerische Politik in europäischer Gemeinsamkeit überwunden. Wir alle bleiben aufgefordert, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz, Pflichtgefühl und Verantwortungsbewußtsein zu Maßstäben des Handelns in Staat und Gesellschaft zu machen. ■

Unsere arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen waren erfolgreich

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen für die neuen Bundesländer erklärte Generalsekretär Volker Rühe:

In den neuen Bundesländern ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli deutlich unter den pessimistischen Prognosen geblieben, die noch vor wenigen Wochen abgegeben worden waren. Dies ist ein weiteres Indiz dafür, daß die Politik der CDU-geführten Bundesregierung für die neuen Bundesländer auf dem richtigen Kurs liegt.

Die Zahlen belegen vor allem eine wirtschaftliche Stabilisierung in Schlüsselbranchen. Besonders positiv ist die Entwicklung im Baugewerbe, wo bereits ein nachfragebedingter Rückgang an Arbeitslosigkeit verzeichnet werden kann. An dieser Entwicklung hat das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" der Bundesregierung wesentlichen Anteil. Für rund die Hälfte der im Rahmen der kommunalen Investitionspauschale bereitgestellten fünf Milliarden DM sind inzwischen Aufträge erteilt worden.

Die jüngsten Arbeitsmarktdaten spiegeln aber auch die erheblichen arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung wider, die Mittel für insgesamt 280 000 ABM-Maßnahmen und 550 000 Weiterbildungsmaßnahmen bereitgestellt hat. Die Juli-Zahlen zeigen, daß Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik möglich sind. Auch wenn die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt noch nicht durchschritten ist, berechtigen die jüngsten Entwicklungen zur Zuversicht. Horrorszenarien, die nur zur Verunsicherung beitragen, sollten jetzt endgültig der Vergangenheit angehören.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern ist auch weiterhin die herausragende politische Aufgabe. Deshalb ist es wichtig, daß alle Chancen genutzt werden, sichere und zukunftsträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu müssen auch unkonventionelle neue Wege gegangen werden. So ist z.B. das Potential für mögliche Privatisierungen noch lange nicht ausgeschöpft. Verstärkte Privatisierungen, insbesondere im kommunalen Bereich, im Umweltschutz und im Verkehrswesen, können die wirtschaftlichen Aktivitäten weiter verstärken und zu neuen, zukunftssicheren Arbeitsplätzen führen.

40 Prozent der Ostdeutschen: Es geht uns besser

Insgesamt 40 Prozent der Ostdeutschen geht es heute wirtschaftlich besser als vor einem Jahr. In einer Umfrage der Wickert-Institute aus Tübingen gaben 45 Prozent der 2 394 befragten Erwachsenen sogar an, daß sie mit einer weiteren wirtschaftlichen Verbesserung im kommenden Jahr rechnen. 36 Prozent schätzen ihre Situation als unverändert ein. Insgesamt 24 Prozent sagten, es gehe ihnen „etwas" (18 Prozent) oder „viel" schlechter (6 Prozent). Nur 13 Prozent der Befragten rechnen mit einer Verschlechterung ihrer Lage im kommenden Jahr.

Generalsekretär Volker Rühe:

Der Wohlstand in Europa darf nicht an Oder und Neiße enden

Nachdem ich in den achtziger Jahren regelmäßig in Warschau zu Gesprächen war, habe ich jetzt die Gelegenheit benutzt, mal wieder intensive Gespräche in allen Teilen des Landes zu führen. Im April war ich bereits in Stettin; jetzt war ich in Danzig, in Allenstein, in Warschau, in Oppeln und in Breslau und dann schließlich an der deutsch-polnischen Grenze bei Görlitz.

Ein grundlegendes Thema, das mich überall begleitet hat, war die Lage der deutschen Minderheit, und es gibt keinen Bereich, bei dem die Fortschritte so offensichtlich sind.

Ich selbst habe in den 80er Jahren in Warschau erlebt, daß Gespräche beendet wurden, wenn man über die deutsche Minderheit sprach. Und auf die Frage: Wie viele Deutsche gibt es denn? — hat man von nicht wenigen die Antwort bekommen: keine. Und wenn man dann sieht, was in den letzten zwei Jahren dort möglich geworden ist, dann kann man wirklich sagen: das, was lange ein Problem war zwischen den beiden Ländern, zwischen den beiden Völkern, ist wirklich zu einer großen Chance geworden, und das wird auch von der polnischen Seite so gesehen.

Es haben sich überall Gruppen gebildet, auch dort, wo die Deutschen verstreut leben, wie zum Beispiel in Ostpreußen, wohingegen es in Schlesien ja eine sehr viel stärkere Konzentration gibt.

Die Gespräche mit den Polen haben gezeigt, daß es vielfach ein gemeinsames Interesse gibt. Der Wunsch der Deutschen zum Beispiel nach mehr Sprachunterricht an den Schulen und Hochschulen, nach muttersprachlichen Schulen, in denen man alle Fächer in deutscher Sprache lehrt, dieser Wunsch ergänzt sich mit dem polnischen Interesse an der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft.

Es geht auch darum, eine Internationalisierung der Gesellschaft herbeizuführen

> Auf einer Pressekonferenz am 12. August im Konrad-Adenauer-Haus berichtete Generalsekretär Volker Rühe über seine Gespräche in Polen und nahm Stellung zur aktuellen Diskussion über die Asylproblematik.

und die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten heranzubilden, die auch die notwendigen Fremdsprachenkenntnisse besitzen. Das heißt, wenn man sich in der Vergangenheit aufdrängen mußte nach dem Motto: Könnt ihr nicht mehr Deutschunterricht anbieten, so läuft es heute genau umgekehrt: Jeder Rektor einer Hochschule und jeder Wojwode, mit dem ich gesprochen habe, hat von

sich aus darum gebeten, daß wir mehr tun, damit mehr Deutschunterricht in Polen stattfindet.

Hier deckt sich das Interesse der deutschen Minderheit mit dem gesamtpolnischen Interesse. Und hier habe ich eine konkrete Forderung, daß wir in unserem eigenen Interesse diese Chancen jetzt nutzen.

Es gibt ganze zwanzig Lektoren in Polen, aber einen riesigen Bedarf, und ich finde, daß die Bundesregierung die großen Möglichkeiten für die Ausweitung des Deutschunterrichts, wie sie heute in Polen gegeben sind, nicht verschlafen darf. Und auch dies verhilft ja dazu, daß der Wunsch zur Aussiedlung geringer wird.

Ein Rückgang der Aussiedlerzahlen im Hinblick auf die Deutschen, die in Polen leben, ist ganz deutlich spürbar. Das ist erreicht worden durch eine Politik, die ihnen diesen größeren Spielraum gegeben hat. Wichtig ist, daß das ganze ergänzt wird durch eine bessere wirtschaftliche Entwicklung in Polen.

Wahlen in Polen zu einem schwierigen Zeitpunkt

Das zweite Thema meiner Gespräche war die Lage der Parteien in Polen. Wir haben Kontakte zu mehreren Parteien, vor allen Dingen zur Zentrums-Allianz unter Kaczynski, die im Wahlkampf vor allem Lech Walensa unterstützt hat, aber auch zur Demokratischen Union unter Mazowiecki und auch anderen Politikern wie Kuron, Frasyniuk und Hall, und dann auch zu dem Liberal-Demokratisch Kongreß, dem auch Ministerpräsident Bielecki angehört.

Die Wahlen in Polen am 27. Oktober finden zu einem schwierigen Zeitpunkt statt, mitten in einem komplizierten Anpassungsprozeß. Man müßte sich mal vorstellen, wir hätten in Deutschland jetzt Wahlen in diesem schwierigen Jahr eins nach der deutschen Einheit. Und die polnische Finanzpolitik unter Balcerowicz und unter dem Ministerpräsidenten Bielecki fordert den Menschen viel ab.

Jetzt diese Wahlen durchzuführen, das ist nicht ganz einfach. Deswegen gibt es die große Sorge einer geringen Wahlbeteiligung, und deswegen ist es so wichtig, die strategische Bedeutung, die besondere Bedeutung der Wahlen am 27. Oktober für den weiteren Prozeß der Gesundung und Demokratisierung in den neuen Demokratien Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei und Osteuropa zu erkennen und alles zu tun, um die Kollegen dort zu unterstützen.

Assoziierungsverhandlungen verlaufen zu schleppend

Das dritte Thema, das ich vor allen Dingen mit dem Ministerpräsidenten Bielecki besprochen habe, sind die Assoziierungsverhandlungen zwischen Polen und der Europäischen Gemeinschaft, die schleppend verlaufen. Ich appelliere an die Europäische Gemeinschaft — und ich weiß, daß die deutsche Politik eine Menge versucht, die Märkte zu öffnen —, diese Verhandlungen noch in diesem Jahr zu einem Abschluß zu bringen.

Polen hat große Probleme im Osten, denn das, was wir in den neuen Bundesländern erleben, daß der klassische Handel mit den RGW-Staaten, mit der Sowjetunion praktisch zusammengebrochen ist, das gilt natürlich auch für Polen. Und wenn es dann noch im Westen eine halbversperrte oder nur mühsam geöffnete Tür vorfindet, dann befindet sich Polen in einer äußerst schwierigen Lage, und deswegen sollten wir aus politischen und aus

ökonomischen Gründen alles tun, um diese Tür zu öffnen.

Ich habe schon vor einiger Zeit deutlich gemacht, daß es wichtig ist, die Phase abzukürzen, die notwendig ist bis zu einer Vollmitgliedschaft dieser drei neuen Demokratien in Zentral-Europa. Und deswegen möchte ich meine Forderung wiederholen, nicht nur diese Assoziierungsverhandlungen im wirtschaftlichen Bereich in diesem Jahr zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen, sondern die Polen, die Ungarn und die Tschechoslowaken auch im Vorgriff auf eine spätere Mitgliedschaft schon jetzt zu beteiligen an der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, daß man hier — sicherlich noch ohne Stimme, solange es die volle Mitgliedschaft nicht gibt —, aber doch einen Sitz anbietet, um diesen Prozeß der Integration in die Europäische Gemeinschaft zu verkürzen.

Diejenigen schützen, die politisch verfolgt werden

Das vierte Thema, über das ich berichten will, ist die Asylproblematik. An der polnischen Ostgrenze kann man sehen, wie dort für viele Russen ein sich reformierendes Land Polen zum gelobten Land wird. Und was früher die Polenmärkte in Berlin waren, das sind jetzt die Märkte, wie man sie überall in Warschau sehen kann, Märkte von den vielen, die jetzt aus Ländern östlich von Polen kommen.

Auch die Polen erfahren jetzt diese sich abzeichnende Völkerwanderung in Europa, die es so dringend macht, daß der Wohlstand nicht an der Oder-Neiße-Grenze endet, sondern daß man über die Grenze hinweg kooperiert. In Görlitz, wo ich mit den Verantwortlichen gesprochen habe, gibt es einen Anstieg von mehreren hundert Prozent bei den Asylbewerbern, kaum noch Polen, sondern fast ausschließlich Rumänen.

Ich glaube, daß gerade die Situation an der Grenze in Görlitz deutlich macht, wie richtig unsere Forderung ist, den Kernbestand des Grundgesetzes zu erhalten und diejenigen zu schützen, die wirklich politisch verfolgt sind, aber doch das Grundgesetz so zu ändern, daß wir schon an der Grenze gegen diejenigen vorgehen können, die offensichtlich aus wirtschaftlichen Gründen kommen.

Deswegen möchte ich auch noch einmal an die Sozialdemokraten appellieren, die ja eine große Meinungsvielfalt haben, sich handlungsfähig zu machen für die Gespräche, die anstehen. Es gibt einen dringenden Handlungsbedarf, und die Sozialdemokraten, und insbesondere der Vorsitzende Engholm, müssen dafür sorgen, daß sie vor diesen Gesprächen eine Position der SPD zu diesem wichtigen Problem erarbeiten.

Was die Polen angeht, wird es wichtig sein, daß die Innenminister eng zusammenarbeiten. Es sind ja auch bereits Gespräche geplant, um gegen die Schlepperorganisationen vorzugehen, die ganz offensichtlich in großer Zahl Rumänen und andere durch Polen hindurchschleusen über die Neiße hinweg — mit all den Problemen, die dann auf uns zukommen.

Termin:

Am 26. September 1991 werden im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn CDU und CSU erstmals auf Bundesebene einen großen tourismuspolitischen Kongreß durchführen. Hauptredner sind der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Kurt Biedenkopf, und Bundesumweltminister Klaus Töpfer.

„Keine Macht den Drogen“

Die meisten Rauschgifterfahrungen hat heute die Gruppe der 25- bis 29jährigen. Mehr als jeder fünfte dieser Altersgruppe hatte 1990 bereits erste Drogenerfahrungen. Das waren sechs Prozent mehr als 1986. Eine im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums durchgeführte Repräsentativbefragung hat ergeben, daß in den letzten vier Jahren der Anteil der 12- bis 29jährigen, die nach eigenen Angaben schon einmal Rauschgift genommen haben, von rund 12 Prozent auf rund 16 Prozent gestiegen ist.

Mit diesen Zahlen belegte Bundesgesundheitsministerin Gerda Hasselfeldt, daß der mit dem Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan aufgenommene Kampf gegen den Drogenmißbrauch erst am Anfang steht.

Trotz umfangreicher präventiver und therapeutischer Maßnahmen sowie zahlreicher Forschungs- und Modellvorhaben des Bundes habe sich gezeigt, daß die Drogengefahren nicht von heute auf morgen gebannt werden könnten. Deshalb dürfe keiner der am Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan Beteiligten in seinen Anstrengungen bei der Drogenbekämpfung nachlassen. Die Bundesgesundheitsministerin forderte vielmehr ein verstärktes Engagement nicht nur in der Aufklärung und Warnung vor dem Drogenkonsum, sondern vor allem auch in der Beratung, Behandlung und Rehabilitation.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundesgesundheitsministeriums sind in Erfüllung des Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes in den vergangenen zwölf Monaten folgende Maßnahmen ergriffen worden:

Prävention

Die Gefährdung durch Drogen und die Notwendigkeit der Prävention des Drogenmißbrauchs sind durch den Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan verstärkt in das öffentliche Bewußtsein gerückt worden. In einer Öffentlichkeitskampagne zur Suchtprävention wurde umfassend über die Drogenproblematik informiert. Am 1. Juli 1990 ist mit einer vorläufigen Laufzeit von drei Jahren das Modellprogramm „Mobile Drogenprävention“ gestartet worden. In diesem Jahr stehen dafür rund 3,4 Mio. DM zur Verfügung. Das Programm ist im Juli 1991 auf die neuen Bundesländer ausgeweitet worden. Die im vergangenen Jahr von der Bundesregierung mit Unterstützung des Deutschen Fußballbundes ins Leben gerufene Aktion „Keine Macht den Drogen“ wird unter Beteiligung weiterer Sportverbände fortgesetzt.

> Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt warnt vor zunehmender Bereitschaft zum Drogenkonsum.

Die präventive Arbeit zeigt vor allem bei jungen Menschen Wirkung. Dies belegt eine Repräsentativbefragung über die Art und den Umfang des Drogenmißbrauchs. An ihr haben 20.000 Bundesbürger im Alter zwischen 12 und 39 Jahren teilge-

nommen. Im Vergleich zu 1986 hat sich der Anteil der Drogenerfahrenen in der Altersgruppe 12 bis 29 Jahre von 12 Prozent auf 16 Prozent (1990) erhöht. Dieser Anstieg ist vor allem durch einen zunehmenden Drogenmißbrauch bei den über 18jährigen hervorgerufen worden, dagegen ist die Anfälligkeit bei den 12- bis 14jährigen tendenziell rückläufig.

Modellvorhaben

Die von der Bundesregierung geförderten Modellvorhaben in der Betreuung und Therapie von Drogenabhängigen sind erfolgreich. Dies gilt besonders für die Modellvorhaben, die den Abhängigen in seiner Problematik annehmen und keine Auflagen oder Voraussetzungen für die Betreuung fordern. Diese Modelle erreichen vor allem die seit vielen Jahren Abhängigen, die oft als verloren eingestuft werden. Beleg für den Erfolg dieser Modelle sind die Überfüllung der im sogenannten Verstärker-Programm angebotenen Kontaktläden sowie die langen Wartelisten vieler Therapieeinrichtungen.

In den neuen Ländern gibt es einen grundsätzlichen Bedarf an Beratung über die Risiken des Mißbrauchs illegaler Drogen. Deshalb wird das Bundesgesundheitsministerium das Modellprogramm „Integrierte Suchtberatungsstellen" in den neuen Ländern noch in diesem Jahr beginnen.

Gesetzgebung

15 sogenannte Designerdrogen (chemisch aufbereitete Suchtmittel) sind der Betäubungsmittel-Kontrolle unterworfen worden. Für weitere psychotrope Stoffe wurde der internationale Handel genehmigungspflichtig. Die entsprechende Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung trat am 15. April 1991 in Kraft.

Die Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen von 1986 gegen den unerlaubten Verkehr von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen wird vorbereitet. Voraussetzung ist ein Ausführungsgesetz, das alle zur innerstaatlichen Umsetzung erforderlichen Gesetzesveränderungen enthält.

Seit dem 15. Juli 1991 werden 12 chemische Erzeugnisse und ihre Zubereitungen, sogenannte Grundstoffe, aufgrund einer EG-Verordnung bei der Ausfuhr in Drittländer kontrolliert, um ihre Abzweigung für die unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln zu verhindern. Das Bundesgesundheitsamt und die Zollbehörden führen das Kontrollverfahren durch.

In einer Vierten Betäubungsmittelrechts-Änderungsverordnung soll die Verschreibung und Verabreichung von Betäubungsmitteln bei der ambulanten Behandlung von Schmerzpatienten erleichtert werden, ohne die erforderliche Sicherheit des Betäubungsmittelverkehrs zu gefährden. Erleichterungen sollen auch für die Ausrüstung von Rettungswagen mit Betäubungsmitteln geschaffen werden.

Ratgeber

Speziell für die neuen Bundesländer ist ein Ratgeber der Bundesregierung erschienen. Er will „Spielregeln" und Möglichkeiten der Marktwirtschaft vermitteln sowie Vorkehrungen für soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich aufzeigen. Konkrete Tips für alle Bereiche des öffentlichen Lebens tragen dazu bei, gegenwärtige Probleme anzugehen und zu lösen.

Dieser Ratgeber ist kostenlos zu beziehen beim: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.

Stationierungsprogramm nun endgültig

Neue Streitkräftestrukturen bis 1994

Zu der Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung über die künftige Stationierung der Bundeswehr und des Zivilpersonals in den Streitkräften erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bernd Wilz:

Die CDU/CSU begrüßt ausdrücklich, daß der Bundesminister der Verteidigung so rasch seine endgültige Entscheidung zur künftigen Stationierung der Bundeswehr herbeigeführt hat. Damit findet eine monatelange intensive Planungsarbeit im Bundesministerium der Verteidigung ihren Abschluß. Das Ergebnis ist ein in sich schlüssiger Organisationsrahmen, innerhalb dessen die Bundeswehr ihren künftigen Aufgaben gerecht werden kann.

Nach dem ersten Planungsansatz vom Mai dieses Jahres hat der Bundesminister der Verteidigung über 1300 Stellungnahmen von Kommunen und Politikern der betroffenen Regionen, davon rund 400 aus dem Deutschen Bundestag und über 600 Änderungsanträge erhalten. Dazu kommen noch die Prüfaufträge vom Verteidigungsausschuß und der CDU/CSU. In Einzelentscheidungen wurden die Anregungen und Wünsche berücksichtigt, wo immer dies möglich war.

Maßgeblich für die Stationierungsentscheidungen waren im wesentlichen sicherheitspolitische und soziale Rahmenbedingungen. Hauptkriterien waren:

1. die militärische Aufgabenerfüllung;
2. soziale und personelle Aspekte;
3. gesellschaftliche und politische Akzeptanz;
4. Kosteneffektivität;
5. Funktionsfähigkeit der Truppenteile;
6. die Notwendigkeit einer militärisch sinnvollen und verteidigungspolitisch glaubwürdigen Präsenz der Bundeswehr auch in den neuen Bundesländern.

Naturgemäß war es angesichts der Größenordnung des Reduzierungsumfanges nicht möglich, in allen Fällen den Wünschen der Betroffenen zu entsprechen. Die Bundesregierung sowie die Länder sind aufgefordert, für jene Standorte, in denen soziale und wirtschaftliche Härten auftreten können, diesen durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig zu begegnen. Hervorzuheben ist jedoch, daß die ländlichen und wirtschaftlich schwachen Regionen weniger belastet werden, als diese es bereits befürchteten. Der Bundesminister der Verteidigung sagte zu, die Kommunen in Kürze über die Freigabe von Bundeswehrliegenschaften zu informieren.

Dank für die geleistete Arbeit

Die CDU/CSU dankt den beteiligten Soldaten und zivilen Mitarbeitern des Bundesministeriums der Verteidigung für die sehr schwierige und verantwortungsvoll geleistete Arbeit. Die praktische Umsetzung der nunmehr getroffenen Entscheidungen wird der Bundeswehr in den kommenden Jahren erneut eine große Leistungsbereitschaft abverlangen. Die CDU/CSU wird ihren Teil dazu beitragen, daß der Übergang zur neuen Streitkräftestruktur bis Ende 1994 für die Bundeswehr so reibungslos wie möglich für die betroffenen Menschen ohne unzumutbare soziale und wirtschafliche Härten vonstatten gehen wird. ■

„Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" wird für uns ein großer Erfolg

Nach Zwischenbilanzkonferenzen in Schwerin, Potsdam, Dresden und Erfurt und weiteren Berichten aus Ländern und Kommunen erklärte Horst Waffenschmidt, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Alle jetzt vorliegenden Informationen zeigen, daß das „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost" entscheidende Impulse für die Beschäftigung und den wirtschaftlichen Strukturwandel in den neuen Ländern auslöst. Hervorzuheben ist, daß die Verwaltungen in Ländern und Kommunen, die oft unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen, Herausragendes leisten: Die Auftragsvergabe läuft auf vollen Touren. Im einzelnen ist folgendes bedeutsam:

1 Für rund 2,5 Mrd. DM der fünf Mrd. DM kommunaler Investitionspauschalen sind inzwischen Aufträge erteilt, vor allem an das mittelständische Baugewerbe in den neuen Ländern. Für die weiteren 2,5 Mrd. DM wird die Auftragsvergabe vorbereitet. Das Geld wird schwerpunktmäßig eingesetzt für Renovierungsarbeiten an Schulen und sozialen Einrichtungen, für Straßenbau und Erschließung neuer Gewerbegebiete, für Wohnungen und Umweltschutz.

2 Auch das Sonderprogramm „Regionale Wirtschaftsförderung" von 600 Mio. DM im Jahre 1991 ist sehr gut angelaufen, weil die Investitionsmaßnahmen der Betriebe schon begonnen werden können, sobald die Förderungsanträge gestellt wurden.

3 Für die eine Mrd. DM zur Förderung des kommunalen Straßenbaus und des öffentlichen Personennahverkehrs sowie für die 400 Mio. DM für Umweltschutzsofortmaßnahmen im Jahre 1991 liegen inzwischen schon so viele Anträge der Kommunen vor, daß die Verpflichtungsermächtigungen für 1992 in Anspruch genommen werden.

4 Wo Programmteile nicht so schnell anlaufen, wie z. B. beim Privatisierungsprogramm für Wohnungen, werden die Mittel zum 1. September 1991 für andere Projekte umgeschichtet, die sofort realisiert werden können, insbesondere zugunsten der einfachen kommunalen Investitionspauschale.

5 Neben den Bundeszuschüssen wurden den Kommunen in den neuen Ländern inzwischen für 3 784 Projekte, 9 140 Mrd. DM an zinsgünstigen Krediten aus dem Kommunalkreditprogramm des Bundes bereitgestellt, und zwar für

Brandenburg	**1 413 727 DM**
Berlin (Ost)	**655 670 DM**
Mecklenburg-Vorpommern	**1 127 807 DM**
Sachsen	**2 538 514 DM**
Sachsen-Anhalt	**1 900 782 DM**
Thüringen	**1 503 686 DM**

6 Zur Stärkung der Verwaltungskraft in den neuen Ländern bietet die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung erneut 20 Lehrgänge für Verwaltungsmitarbeiter in den neuen Ländern an.

7 Leider sind noch 100 000 ABM-Stellen in den neuen Ländern unbesetzt. Ich fordere alle Verantwortlichen auf, dieses Angebot des Bundes schnell und effektiv für die Menschen und den Aufbau in den neuen Ländern zu nutzen. ■

Spendenaktion für Bauhof-Fahrzeug

Auf unsere Aufforderung hin, uns Beispiele für die „Aktion Solidarität" zu schicken, erreichte die Bundesgeschäftsstelle dieser Brief aus dem Kreisverband Konstanz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der CDU-Kreisverband Konstanz hat im Rahmen der „Aktion Solidarität" eine Informationsreise nach Sachsen als dem Partnerland von Baden-Württemberg unternommen.

Unsere Unterstützung für Städte und Gemeinden beschränkt sich aber nicht nur auf das Reisen.

Initiiert vom CDU-Kreisverband bestehen derzeit drei offizielle Gemeindepartnerschaften mit Gemeinden im Kreis Görlitz, eine vierte Partnerschaft ist in Vorbereitung. Drei weitere Gemeinden haben Partnerschaften mit Gemeinden im Kreis Oschatz, eine Partnerschaft besteht mit einer Gemeinde im Erzgebirge.

Wir sehen unsere Aufgabe in der Unterstützung der CDU-Kreis- und Gemeindeverbände durch Rat und Tat, beim Aufbau der Verwaltung durch gegenseitige Besuche (Informationsbesuche in hiesigen Gemeindeverwaltungen, Entsendung von Fachpersonal in die Verwaltungen, Unterbringung und Einarbeitung von Verwaltungsmitarbeitern der Partnergemeinden).

Der CDU-Gemeindeverband Öhningen beispielsweise hat eine Spendenaktion initiiert (und dazu selbst einen großen Grundstock von DM 7.000 DM gelegt) um seiner Partnergemeinde ein dringend benötigtes Fahrzeug für den Bauhof zu beschaffen.

Der Kreisverband selbst unterstützt den CDU-Kreisverband Görlitz beim Aufbau der neuen Strukturen sowie bei der Ausstattung der Kreisgeschäftsstelle und Schulung der Mitarbeiter.

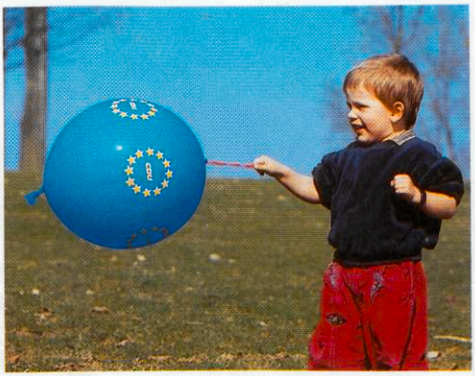
Mit freundlichen Grüßen
Anton Auer
Kreisgeschäftsführer

5000. Mitglied im CDU-Kreisverband Osnabrück-Land

Das Foto zeigt Barbara Strohbecke (dritte von links), das 5000. Mitglied im CDU-Kreisverband Osnabrück-Land, bei der Übergabe ihres Mitgliedausweises durch den CDU-Kreisvorsitzenden Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP. Weiter begrüßten Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues, MdB (zweiter von rechts) und CDU-Geschäftsführer Ferdinand Fleischer (dritter von rechts) das neue Mitglied im Kreisverband.

Kleinwerbemittel aus unserem Versandzentrum in Versmold:

Sonnenblenden
Bestell-Nr.: 9409
Verpackungseinheit: 12 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 24,— DM.



Punch-Ball
Bestell-Nr.: 9387
Verpackungseinheit: 10 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 14,— DM.

Für weniger als 50 Pfennig
Das Näh-Etui mit Heftpflaster.
Bestell-Nr.: **9407,** Verpackungseinheit: 50 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 21,— DM.

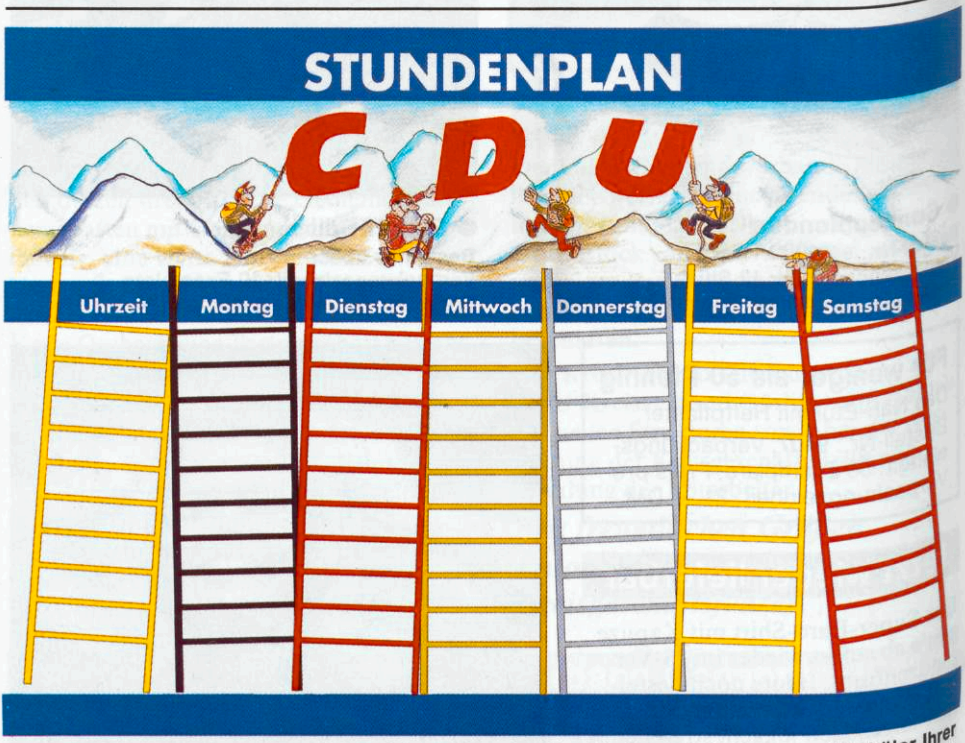
Jetzt wieder lieferbar

Das Super-Euro-Shirt mit Kapuze gibt's ab sofort wieder im IS-Versandzentrum. Heute noch bestellen! Postwendend können Sie dann flott angezogen joggen, stretchen, walken oder einfach nur relaxen . . . sich fit machen für die Zukunft, für Europa. Nicht nur für die Jungen in der Union.

Bestell-Nr.: **9390** (Größe L)
Bestell-Nr.: **9391** (Größe XL)
Bestell-Nr.: **9392** (Größe XXL)
Preis je Shirt: 17,50 DM
zzgl.MwSt.

Bestellungen an:
IS Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold
Fax: 05423/15321

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Wenn Sie diesen außergewöhnlich schönen Stundenplan für die Schülerinnen und Schüler Ihrer Stadt oder Gemeinde haben wollen, bestellen Sie ihn in unserem Versandzentrum in Versmold. Bestell-Nr. 9258, Mindestabnahme: 250 Exemplare, Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM.

UiD
24/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.